

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 4. November 2009	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>6. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>15.12.2009</b> <b>216</b> <b>37</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Ungesicherte bzw. nicht auskömmliche Beschäftigung in Karlsruhe</b>		

1. Wie hat sich die Zahl der Arbeitnehmer/-innen in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt, die in Karlsruhe über Zeitarbeit beschäftigt sind?
2. Wie hat sich die Integration dieser Arbeitnehmer/-innen in den ersten Arbeitsmarkt in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt?
3. Wie hat sich der Durchschnittslohn dieser Zeitarbeiter/-innen in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt?
4. Wie hat sich die Zahl der Vollbeschäftigten in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt?
5. Wie hat sich die Zahl der 400-EURO-Jobs in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt?
6. Wie hat sich die Zahl der Arbeitnehmer/-innen in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt, die trotz Erwerbstätigkeit zusätzlich Unterstützung nach SGB/Hartz IV bekommen?
7. Wie hat sich die Zahl der Kurzarbeiter/-innen in den letzten 12 Monaten (pro Monat) entwickelt?
8. Wie hat sich die Lohnquote der Beschäftigten in den letzten 12 Monaten (Durchschnittslohn pro Beschäftigten) entwickelt?
9. Stimmt die Stadtverwaltung der Auffassung zu, dass die reine Zahl der Beschäftigten, bzw. die Arbeitslosenquote keine Aussage darüber zulässt, ob diese Beschäftigung ein auskömmliches Einkommen sichert oder nicht?

*(Wir bitten bei der Beantwortung der Fragen um eine Ausdifferenzierung nach Geschlecht)*

**Sachverhalt / Begründung:**

Ende Oktober meldete die Arbeitsagentur Karlsruhe einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Stadt- und Landkreis Karlsruhe. Gleichzeitig ist der Arbeitsmarkt „kräftig in Bewegung“, d. h. relativ viele Arbeitnehmer/-innen werden arbeitslos, relativ viele kommen wieder in Beschäftigung.

Der Rückgang der Arbeitslosenquote bei den Frauen wird beispielsweise damit begründet, dass der Einzelhandel „bereits verstärkt Kräfte für das Weihnachtsgeschäft“ suche. Man darf unterstellen, dass es sich hierbei nicht um Dauerarbeitsplätze handelt und dass meist unter Tarif bezahlt wird.

Diese Zahlen sagen nichts über die Qualität der Beschäftigung, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Auskömmlichkeit der Entlohnung. Tatsächlich werden immer mehr „Vollarbeitsplätze“ durch Teilbeschäftigung, Zeitarbeit, 400-EURO-Jobs ersetzt. Nicht nur durch Kurzarbeit, auch durch nicht auskömmliche Beschäftigung subventioniert die Öffentliche Hand die Unternehmen. Im letzten Falle, wenn Arbeitnehmer/-innen trotz Beschäftigung über Hartz IV „aufgestockt“ werden.

Die kommunale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik muss diese Sachverhalte in ihr Handeln mit einbeziehen. Denn dahinter verbirgt sich sinkender Lebensstandard und wachsende Armut.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

4. Dezember 2009